

Eduard Stadtler und Kurt Ziesché

Zur Ideengeschichte des politischen Rechtskatholizismus

Von *Walter Ferber*

Von den antidemokratischen Katholiken der zwanziger Jahre sind – außer den hinlänglich bekannten Martin Spahn, Othmar Spann und Carl Schmitt – noch Eduard Stadtler und Kurt Ziesché für die politische Ideengeschichte von Interesse.

I

Am 17. Februar 1886 zu Hagenau im Elsaß geboren, verlebte Stadtler eine freudlose Kindheit; sein Vater nämlich starb schon bald, und der Stiefvater mißhandelte die Mutter und ihn. So schickten ihn Wohltäter 1897 in ein katholisches Internat nach Belfort. Nach dem Baccalaureat Aufseher eines Schülerheims in Graz geworden, hörte er an der dortigen Universität Vorlesungen in Geschichte und Philosophie. 1905 ins Elsaß zurückgekehrt, bestand er noch das preußische Abitur und immatrikulierte sich in Straßburg. Dort nahm sich Martin Spahn des mittellosen Studenten an. Nach dem Staatsexamen für das höhere Lehrfach (1910) und der Promotion bei Spahn (1911) wurde er Lehrer an der Realschule in Forbach; dort kam es schon bald zu einem »Fall Stadtler«¹: Unter der Anschuldigung nämlich, er vernachlässige über seiner Tätigkeit im Windthorstbund den Unterricht, auch treibe er in der Klasse Zentrumspropaganda, wurde er aus dem Schuldienst entlassen. Darauf an die Zentrale der Windthorstbünde nach Köln berufen, versuchte er dort zu erreichen, daß die Zentrumsjugend Spahns Hausmacht werde².

Nach dem Kriegsausbruch von 1914 trat er im »Düsseldorfer Tageblatt« Heinz Brauweilers, im »Hochland« Carl Muths sowie in Carl Sonnenscheins Broschürenreihe »Der Weltkrieg« als betont preußischer und antidemokratischer Publizist hervor. Eine seiner für Sonnenschein verfaßten antidemokratischen Schriften, »Ständische und parteipolitische Volksvertretung«, wurde allerdings vom Volksvereinsverlag nicht angenommen; wozu er sich äußerte: »Der konservativ-nationalistische berufsständisch-korporative Gedankenkreis meiner Schrift stand zu den formaldemokratisch-erzbergerisch-geschäftlhuberischen, westlerisch-parlamentarischen Strömungen . . ., wie sie gerade damals in der deutschen Zentrumspartei immer stärker hochkamen, in schroffem Gegensatz . . .«³

1915 Soldat geworden, geriet Stadtler 1916 in russische Gefangenschaft. Dort hielt er politische Bildungsvorträge, die um die Idee eines »preußisch zu erneuern- den Deutschen Reiches« kreisten. Dabei erschöpfte sich sein Preußenbekenntnis nicht

¹ Eduard Stadtler, *Jugend-Schicksale 1886–1914*. Düsseldorf 1935, S. 96 ff.

² Ebd.

³ Eduard Stadtler, *Als politischer Soldat*. Düsseldorf 1935, S. 14.

in der Bejahung des bestehenden Preußentums, sondern er versuchte vielmehr, »den preußischen Militarismus mit dem Sozialismus fruchtbar zu vermählen«⁴. Das aber sei auf parteidemokratischem Wege nicht möglich. An die Stelle der Parteien müsse die korporative Gesellschaft treten; gehe die Entwicklung doch nun einmal dahin, daß die Einwirkung der Gesellschaftsverbände auf den Staat »ohne die lästige Vermittlung des Parteiwesens«⁵ ausgeübt werde. Die legitimen gesellschaftlichen Interessen übrigens, die einzelne Parteien bisher vertreten haben, seien dabei keineswegs gefährdet. So werde – beispielsweise – der deutsche Katholizismus als gesellschaftlicher Faktor »auch ohne die Präponderanz der parteipolitischen Zentrumsorganisation«⁶ bestehen und sich durchsetzen können.

Nach den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk inoffizieller Presseattaché der deutschen Botschaft in Moskau geworden, vertrat Stadtler einen antibolschewistischen Kurs. Das bolschewistische Regime sei nämlich mehr als lediglich der Exponent einer durch den militärischen Zusammenbruch bedingten defaitistischen Umsturzpartei Rußlands; es sei Träger einer wesentlich weltrevolutionären Partei, die nicht im Traum daran denke, sich lokalisieren zu lassen. Daher sei es höchste Zeit, die Beziehungen zum Sowjetregime abzubauen und danach »die ungeheuer starken Gegenkräfte des nationalen Rußlands zu fördern, diesen Kräften sogar mit militärischer und diplomatischer Hilfe in den Sattel zu helfen, dann auf die Zusatzverträge, ja sogar auf den Brest-Litowsker Frieden zu verzichten, mit den neuen Machthabern einen freundschaftlichen Frieden zu schließen, um dann mit der Rückendeckung eines russisch-deutschen Einvernehmens mit der Entente in Friedensverhandlungen einzutreten«⁷.

Für diese seine Auffassung gewann er zwar Helfferich, der nach der Ermordung des Grafen Mirbach Botschafter in Moskau geworden war; doch konnte dieser sich weder bei Staatssekretär v. Hintze noch im Hauptquartier, wohin er zu einem Immediatbericht gebeten worden war, durchsetzen und trat zurück.

Da hielt es auch Stadtler nicht länger in Moskau. Er reiste nach Berlin, nahm dort Beziehungen zum Kriegspresseamt auf und verfaßte in dessen Auftrag eine – mit Martin Spahn beratene – Denkschrift für Ludendorff, die die Forderung enthielt: »Bruch mit Sowjetrußland; Einmarsch; Eroberung Petersburgs; Etablierung einer nationalrussischen Regierung; Revision des Brester Friedens.«⁸ Mitte September 1918 finden wir Stadtler bei Carl Muth in München – wo er »Feierstunden« erlebte –, und Mitte November in Düsseldorf, wo er u. a. mit Spahn, Brauweiler und Hermann Frhr. v. Lüninck an einer Sitzung rechtsgerichteter Zentrumsmänner teilnahm, um »der Erzbergerpolitik innerhalb des Zentrums Paroli zu bieten und gleichzeitig die praktischen Voraussetzungen zu schaffen für die Herausgabe einer wissenschaftlich-politischen Zeitschrift zur Propagierung der ständisch-konservativen Ideenwelt«⁹.

⁴ Ebd., S. 99.

⁵ Ebd., S. 96.

⁶ Ebd., S. 96.

⁷ Ebd., S. 120.

⁸ Ebd., S. 137.

⁹ Ebd., S. 147.

Am 20. November nach Berlin zurückgekehrt, schloß er sich dem »Solidarierkreis« an, den Heinrich von Gleichen-Russwurm, während des Krieges Sekretär des »Bundes Deutscher Gelehrter und Künstler«, gegen Kriegsende gegründet hatte. In diesem Kreis entwickelte der Leiter des Schulungsamtes der Christlichen Gewerkschaften Franz Röhr den Plan, diese Gewerkschaften zum Kern einer großen ständisch-nationalen Bewegung oder Partei zu machen, deren Chefideologe Martin Spahn werden sollte; einen Plan, dem Stadtler lebhaft zustimmte.

Doch wollte Eduard Stadtler nicht untätig warten, bis sich eine solche Stegerwald-Spahn-Partei formiert habe. Daher gründete er schon einmal ein »Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus«, das Flugschriften herausgab und – er war ein faszinierender Redner – öffentliche Versammlungen veranstaltete.

Seine Geldmittel aber – die Deutsche Bank hatte ihm ein Startgeld gegeben, dem Friedrich Naumann noch eine Summe hinzufügte – reichten nicht aus, um seine Tätigkeit auf ganz Deutschland auszudehnen. Da wandte er sich an Helfferich und schlug ihm vor, die Führer der deutschen Wirtschaft nach Berlin einladen zu lassen; er werde ihnen dann einen Vortrag halten, dessen finanziellen Effektes er sich gewiß sei. Diesen Vortrag »Der Bolschewismus als Weltgefahr« hielt er am 10. Januar 1919. Danach erklärte – so berichtet er – Hugo Stinnes den Teilnehmern: »Wenn deutsche Industrie-, Handels- und Bankwelt nicht willens und in der Lage sind, gegen die hier aufgezeigte Gefahr eine Versicherungsprämie von 500 Millionen Mark aufzubringen, dann sind sie nicht wert, deutsche Wirtschaft genannt zu werden.«¹⁰ Das war die Geburtsstunde des großen »Antibolschewistenfonds« der deutschen Wirtschaft, mittels dessen Stadtler die Aktionen seiner »Liga« auf ganz Deutschland auszudehnen und auch eine Anzahl von Freikorps und Ortswehren zu finanzieren vermochte.

Allein: Eduard Stadtler ging es nicht um Geld und Macht, sondern um eine Idee. Und um der Reinheit seiner Idee willen opferte er diese einzigartige Machtposition; denn seine Idee war nun einmal nicht nur antibolschewistisch, sondern auch anti-parlamentarisch und antikapitalistisch.

Sosehr er nämlich den Bolschewismus bekämpfte, sympathisierte er doch mit dessen Räteprinzip, sah er gerade in ihm einen Ansatz zu antikapitalistischer Wirtschafts- und zu ständischer Verfassungsreform. Und wegen dieses seines Eintretens für den Rätegedanken geriet er in Konflikt mit seinen Geldgebern, deren Mehrheit natürlich am liberalen Kapitalismus festhalten wollte und vorerst auch an einer Konsolidierung der politischen Verhältnisse durch die – von ihm geschmähte – Nationalversammlung interessiert war.

So trennte sich Stadtler Ende März 1919 von der »Antibolschewistischen Liga«; mit ihm traten auch die »Solidarier« aus. Sie bildeten dann – nebst einer Gruppe für grenz- und auslandsdeutsche Arbeit – den Stamm des »Juniklubs«, eines im Juni 1919 in der Wohnung v. Gleichens errichteten politischen Salons mit Moeller van den Bruck als geistigem Mittelpunkt. Doch war dieser Klub dank der vielseitigen literarischen und politischen Beziehungen v. Gleichens ein Treffpunkt der verschiedensten nationalen Richtungen. Herausgeber seines Organs »Das Gewissen« aber wurde Stadtler.

¹⁰ Eduard Stadtler, Als Antibolschewist. Düsseldorf 1935, S. 48.

In seinem programmatischen Leitartikel »Deutscher Sozialismus gegen Ost und West« schrieb er u. a.: »... Wir sind zur Zeit die Brücke der Welt. Vom formal-demokratischen Völkerbund Wilsons zur Weltrevolution Lenins. Bei uns liegt die Entscheidung. Wir allein haben die Möglichkeit, den Osten mit dem Westen durch rettende Taten zu verbinden. Diese rettende Tat ist die nationale Konzentration des deutschen Volkes um die Idee eines parteifreien deutschen Sozialismus...«¹¹ Bezeichnete Hugo Preuß solche Auffassung als ein wunderliches »mixtum compositum allbekannter reaktionärer Schlagworte und bolschewistischer Lockrufe«¹² und zählte er Stadtler zu denen, »die das hysterische alldeutsche Geschrei durch tiefgründigen Unsinn verstärken«¹³, so lag der Fehler der Stadtlerschen Konzeption – weniger bilderreich formuliert – darin, daß sie die an sich erwägenswert gewesene Idee einer berufsständisch-antikapitalistischen Sozialreform mit der bedenklichen eines antiparlamentarischen nationalistischen Ständestaats vermischte und diesem die außenpolitische Rolle einer »Dritten Kraft« zuschrieb. Zählte Preuß ihn sodann noch zu den »ästhetisch schönen Seelen«, die sich für »ehrlich-politische Arbeit stets viel zu vornehm gedünkt haben«¹⁴, so mochte diese Charakteristik wohl auf v. Gleichen und in etwa auch auf Moeller van den Bruck zutreffen, nicht jedoch auf Stadtler, der zwar den Staatsmann für einen freischaffenden Künstler hielt, im übrigen aber kein Ästhet oder gar Snob, sondern eher ein Naturbursche war und die Politik als ein hartes Handwerk begriff.

Sein Kampf galt insbesondere Erzberger, den er – außer im »Gewissen« – noch im »Hochland« angriff; und kurz vor dessen Ermordung schrieb er im »Gewissen«¹⁵: »... Der Kampf um Erzberger wird ausgetragen werden: ... Es wird ein Kampf werden, in dem niemand dem deutschen Volke hilft, wenn es sich nicht selbst hilft. Und diese Selbsthilfe wird mit Erzberger fertig werden.« Solche Schreibweise Stadtlers indes sagte dem Diplomaten v. Gleichen nicht zu; und so kam es zwischen ihnen verschiedentlich zu Differenzen, die aber Moeller jeweils zu beheben verstand. Nach dessen Tod jedoch mußten sie auseinandergehen.

Stadtler verwarf v. Gleichens Plan, den »Juniklub« in einen »Herrenklub« (dem sich noch »Herrengesellschaften« in ganz Deutschland anschließen sollten) umzuwandeln; v. Gleichen dagegen lehnte Stadtlers Gründung eines »Bundes der Großdeutschen« ab; müßten doch gerade die delikatsten Fragen des Grenz- und Auslandsdeutschtums überlegter und behutsamer angefaßt werden, als es Stadtler vorhabe. So trennte sich Eduard Stadtler 1925 vom »Gewissen« und gründete 1926 »Das Großdeutsche Reich. Zeitschrift für preußische Erhebung und großdeutsche Einung«. Was er aber unter »großdeutsch« verstehe, entwickelte er im ersten Leitartikel: »... Es gibt keine Politik, in deren Brennpunkt nicht lebendige Staatlichkeit zielhaft gewollt sei. Wenn wir »großdeutsch« sagen, dann denken wir an einen kommenden und zu erkämpfenden deutschen Staat, der durch die Souveränität seiner Macht und durch die Macht seines souveränen Wollens reicht »von der Maas bis an

¹¹ Eduard Stadtler, Deutscher Sozialismus gegen Ost und West. In: »Gewissen« vom 17. 4. 1919.

¹² Zitiert nach Stadtler. Im »Gewissen« vom 30. 9. 1919.

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ 3. Jg. Nr. 25.

die Memel, von der Etsch bis an den Belt. Mag es Großdeutschen pazifistischer, antipreußischer oder sonstiger Prägung in den Kram passen oder nicht: Wir verzichten weder auf Elsaß-Lothringen noch auf Westpreußen oder Posen, weder auf Ost-Oberschlesien noch auf Eupen-Malmedy, weder auf das Hultschiner Ländchen noch auf die verlorenen Teile der Nordmark. Wir bezeichnen es als eine Perversität, von Großdeutschland zu reden und den Kampf um die staatspolitische Rückgewinnung auch nur eines einzigen zum Kleindeutschland Bismarcks gehörigen Quadratkilometers deutschen Raumes preiszugeben. Darüber hinaus macht es uns unser großdeutsches Staatsideal zum sittlichen Zwang, den Anschluß derjenigen Gebiete mit zu erstreben, die das Bismarcksche Klein-Deutschland nach den politischen Ergebnissen der Kriege von 1864, 66 und 70/71 noch nicht umfassen konnte: Tirol und Salzburg, Niederösterreich und Oberösterreich, Kärnten, vor allem das sudeten-deutsche Land . . . Großdeutschland wird ein Staat sein . . . mit freier Selbstbestimmung im eigenen Raume, mit souveräner Gesetzgebung, mit souveräner Verwaltung und vor allem mit souveräner Wehrhaftigkeit . . .«¹⁶

Diese »Wehrhaftigkeit« Großdeutschlands aber mache es zum Objekt »preußischer Sendung«; denn »der romantischen und kultursinnigen Machtfeindlichkeit« des übrigen Deutschland setze nun einmal nur das »Preußentum« ein »Machtdenken« entgegen.

Stadtler redigierte sein neues Organ bis 1933; doch fand es nicht wieder die Beachtung, deren sich das »Gewissen« erfreut hatte. Oft zitiert wurde lediglich seine 1931 im »Großdeutschen Reich« veröffentlichte, dann auch als Broschüre erschienene »psychologisch-politische« Studie über Brüning¹⁷, der – bei bedeutender Intelligenz – nur ein ängstlicher »Pflichtbanause«, aber kein schöpferischer Staatsmann sei.

Ein klassisches Beispiel indessen dafür, wie sehr deutschnationale Kreise – Stadtler war seit den Juliwahlen von 1932 deutschnationaler Reichstagsabgeordneter – den Regierungsantritt Hitlers als eine Machtergreifung der gesamten Rechten mißverstanden, ist sein in der ersten Februarnummer 1933 seiner Zeitschrift veröffentlichter Leitartikel »Endlich erreicht!«; lesen wir darin doch über die »schöpferischen Synthesen« Hindenburg–Hitler, Hitler–Hugenberg, Hitler–Papen, Hitler–Seldte u. a.: »Es hat, mit einem Wort, noch nie ein Kabinett gegeben, in welchem mehr schöpferische Führungskraft auf dem festen Grunde von lebensprühenden, gegenpolarischen, zur Ganzheit strebenden Zweiheiten enthalten gewesen wären. Man muß schon an die synthetische Schöpfungskraft, die in den Zweiheiten Bismarck–Wilhelm I., Moltke–Roon, Bismarck–Moltke enthalten war, zurückdenken, um Ebenbürtiges in der Geschichte wiederzufinden. Das künstlerische Widerspiel und Zusammenklingen stellt geradezu ein Wunderwerk dar. Und wir gehen nicht fehl, wenn wir behaupten, daß die überschwenglichen Freudensausbrüche der Volksseele nichts anderes sind als der Jubel einer Zuschauer- und Zuhörermenge, die einem Kapellmeister entgegenbraust, der vor ein berühmtes Orchester tritt, um der Gesamtleistung der Mitwirkenden eine Beethovensche Symphonie zu entlocken.«¹⁸

¹⁶ Eduard Stadtler, Großdeutsch und Preußisch. In: »Das Großdeutsche Reich«, Jg. 1, 1926. Nr. 1.

¹⁷ Eduard Stadtler, Schafft es Brüning? Berlin 1931.

¹⁸ »Das Großdeutsche Reich«, 1. Februar 1933.

Dieser Regierung aber wies Stadtler in dem Artikel die Aufgabe zu, anknüpfend an die »Räteparagrafen« der Weimarer Verfassung, das »korporativ-berufsständische System einer neuen Gesellschaftsordnung« über alle parlamentarischen Widerstände hinweg »durchzudrücken«. In diesem Sinne schrieb er nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933: »... Die politisch erfreulichste Tatsache liegt darin, daß das Zentrum aus der Schlüsselstellung zwischen Rechts und Links hinausgeworfen ist ... Auch aus dem letzten Schlupfwinkel, den sich die Zentrumsführung in den letzten Jahren ausgesucht hatte, um ihre historische Mitte-Haltung zu verteidigen, wird die Partei jetzt hinausmanövriert werden, aus dem Schlupfwinkel der Verteidigung der Weimarer Verfassung ...«¹⁹

Im übrigen betonte Stadtler außer der antiparlamentarischen auch die antikapitalistische Note des von der »nationalen Revolution« erwarteten ständischen Rätestaats.

Indes: Im Mai 1933 durch Vermittlung nationaler Freunde Politischer Direktor des Ullstein-Verlags geworden, wirkte er, der kein Antisemit war, in bestem Einvernehmen mit der Verlegerfamilie²⁰. 1934 aus dieser Stellung verdrängt und von Goebbels sich verfolgt fühlend, übersiedelte er nach Düsseldorf, wo er, der von sich sehr eingenommen war, drei Bände Memoiren schrieb und sich später einer Widerstandsgruppe anschloß. Nach dem Krieg wieder in Berlin, wurde er – wohl wegen des Memoirenbandes »Als Antibolschewist« – von den Russen verschleppt und blieb seitdem verschollen.

Nun mag noch interessieren, wie sich zwei bekannte Staatsmänner über Stadtler geäußert haben. Heinrich Brüning schrieb an dessen Tochter Elisabeth: »... Mit Ihrem Vater kam ich nach dem ersten Weltkrieg in enge Berührung. Ich erinnere mich noch genau, wie ich kurz nach meiner Rückkehr aus dem Felde in Münster eine seiner glänzenden und aufrüttelnden Reden gegen die rote Gefahr anhören konnte. Deshalb habe ich, als ich im März 1919 nach Berlin kam, gesucht, mit ihm in Verbindung zu treten. Ich schätzte seine ungewöhnliche Begabung und seine Fähigkeit, die müden Menschen zum Widerstand gegen die Gefahr von Osten zu warnen und zur Aktivität anzuspornen. Ich habe ihn damals öfter im Juniklub und bei anderen Gelegenheiten gesehen. Leider trennten sich später unsere politischen Wege ... Ich wollte ihn gerne an praktische Aufgaben der Politik heranbringen. Denn er hätte im Reichstag ... in den Auseinandersetzungen mit den Kommunisten große Erfolge haben können ... Leider waren die Schwierigkeiten zu groß, ihn an sicherer Stelle auf einer Liste aufzustellen ...«²¹

Bedenken wir, daß dieser Brief an die Tochter eines von den Russen verschleppten und danach verschollenen politischen Jugendfreunds mit aller Schonung geschrieben werden mußte, also Negatives kaum enthalten durfte, so sollten wir seine eher positive Beurteilung Stadtlers nicht überschätzen. Immerhin: Brüning dürfte zeitweilig erwogen haben, ihn »an sicherer Stelle auf einer Liste aufzustellen«.

¹⁹ Eduard Stadtler, Heil Deutschland! In: »Das Großdeutsche Reich«. 2. März-Nummer 1933.

²⁰ Vom 29. November 1965 datierter Brief der Geschäftsleitung des Ullstein-Verlags an den Vf.

²¹ Frl. Elisabeth Stadtler gewährte dem Vf. dankenswerterweise Einsicht in diesen noch unveröffentlichten Brüning-Brief.

Theodor Heuss dagegen, einer Begegnung mit Eduard Stadtler sich erinnernd, formulierte: »... Romantik in der Politik ist eine gefährliche Sache, zumal wenn sie sich ideologisch verbrämt . . . Derlei setzte schon bei Kriegsbeginn ein, vielleicht als der Professor Plenge in Münster . . . den Geist von 1914 mit den Ideen von 1789 konfrontierte . . . Solche Thematik beherrschte, in vielen Variationen, . . . das ›Gewissen‹, die ›Deutsche Rundschau‹, dann die ›Tat‹ . . ., sie alle wurden unfreiwillige Wegbereiter Hitlers, den sie später haßten . . .«²²

II

Am 10. Oktober 1876 in Breslau geboren, studierte Kurt Ziesché von 1887 bis 1900 Theologie und Sozialwissenschaft und wurde Priester. Nach Erlangung der philosophischen und der theologischen Doktorwürde und nach einer Habilitation in Dogmatik 1914 als a.o. Professor an die Breslauer katholische Theologische Fakultät berufen, hielt er neben dogmatischen auch sozialwissenschaftliche Vorlesungen.

Politisch im August 1917 durch ein Anti-Erzberger-Referat auf einer schlesischen Zentrumsversammlung weiteren Kreisen bekannt geworden, wurde er in der Republik Mitarbeiter an rechtskatholischen Organen wie dem »Katholischen Korrespondenzblatt« Paul Lejeune-Jungs, dem »Deutschen Volk« Martin Spahns sowie den »Gelben Heften« Max Buchners. Vor allem aber versuchte er in einem sehr beachteten Buch »Das Königtum Christi in Europa« (Regensburg 1926) die »politischen Grundanschauungen der rechtsstehenden Katholiken« darzulegen.

Ausgehend vom religiösen Gegensatz zwischen Christentum und Judentum – insbesondere von ihrem verschiedenen Gottesbegriff und ihrer verschiedenen Heilserwartung –, sah er das entscheidende Thema der Weltpolitik im Kampf dieser beiden Mächte. So bildete für ihn ein religiöser Antijudaismus den Ausgangspunkt seiner spekulativen wie auch seiner praktischen Politik; denn Judentum und Christentum seien nicht nur Gegensätze, »sondern eines des anderen Vernichtung bis in die kleinsten praktischen Züge hinein«²³. Und er erhob die Frage, »ob etwa breite Massen der Katholiken Deutschlands Schulter an Schulter mit dem Judentum für die Ziele des irdischen Messianismus kämpfen und sie für die christlichen halten«; eine Frage, die er bejahte. Das aber sei der erste Punkt, an dem »die rechtsstehenden Katholiken ihre Sonderhaltung klar und unerschütterlich als streng begründet und notwendig erkennen«²⁴.

Der zweite jedoch sei, daß das Verhältnis der deutschen Katholiken zu den deutschen Protestanten »ohne jede Furcht und ohne jeden aus Furcht entspringenden Haß«²⁵ nach sachlichen Bedürfnissen geregelt werde; daß sich daher »die rechtsstehenden Katholiken nicht dazu bereitfinden lassen, in dem Entscheidungskampf des Christentums mit seinem entschlossenen Weltfeind, dem Judentum, die Mitarbeit der von der Kirche getrennten Christen . . . geringzuschätzen . . .«²⁶

²² Theodor Heuss, *Erinnerungen 1905–1933*. Tübingen 1963, S. 255.

²³ Kurt Ziesché, *Das Königtum Christi in Europa*. Regensburg 1926, S. 14.

²⁴ Ebd., S. 9.

²⁵ Ebd., S. 15.

²⁶ Ebd., S. 18.

Das Judentum beachte folgende aus drei Teilen bestehende christentumfeindliche politische Methode: »Die Einrichtungen selber durch die Gesetzgebung allen übernatürlichen christlichen Gehaltes zu entleeren«; »die Ausführung der Gesetze mindestens an allen entscheidenden Stellen offen und von hinterher in jüdische Hände zu legen«; »ganz seltsame Verquickung zwischen zivilisatorischen und sittlich-religiösen Dingen anzubahnen.«²⁷

Was den letzten Punkt betrifft, so dachte Ziesché besonders an »böse Verbindungen von objektiven Einrichtungen mit subjektiven Anreizen zum Widerchristlichen«²⁸, wie zum Beispiel »die Verquickung der Familienfragen mit den Wohnungsfragen . . ., der Sittlichkeit mit der Mode . . ., der . . . Kunst und Literatur mit der Herrschaft über die . . . Vertriebsmöglichkeiten . . .«²⁹. Solche Verquickung aber könnten nicht durch christliche Einzelne, auch nicht durch christliche Verbände, »sondern nur durch die nationale christliche politische Gewalt im offenen politischen Kampf«³⁰ durchbrochen werden.

Vor allem aber seien der verschiedene jüdische und christliche Gottesbegriff Vorbilder für zwei verschiedene Staats- und Menschheitsstrukturen; entspreche doch dem starren jüdischen die mechanisch-unitarische, dem dreifaltigen christlichen dagegen die organisch-föderative Struktur. So entwickelte Ziesché das »Gesellschaftsgesetz vom kleineren Kreise«.

Es sei nun einmal eine wichtige natürliche Hilfe, daß wir die Gegenstände unseres sozialen Handelns klar erkennen »und in lebendiger, anschaulicher Nähe mit ihnen verbunden sind«³¹; einfache, überschaubare soziale Verhältnisse »wirken in Richtung der Gnade«³². Dieses Gesetz vom kleineren Kreise aber »besagt, daß keiner allein, sondern ein jeder in Menschenkreisen steht; es fordert, daß die kleineren Kreise der Gemeinschaft von den notwendigen größeren nicht aufgehoben, sondern in ihnen nach Möglichkeit erhalten werden sollen; es gibt zu, daß größere Kreise oft nötig sind, daß aber der größere Kreis sittlich gefährlicher ist als der kleine: daß die Beamtung um so mehr Einsicht und Tugend verlangt, in je größerem Kreise sie zu wirken hat und daß sich diese beiden Eigenschaften erst durch die Wirksamkeit im kleineren Kreise heranbilden«³³.

Während nun die deutschen Föderalisten – zum Beispiel Benedikt Schmittmanns »Reichs- und Heimatbund deutscher Katholiken« – die »Subsidiaritätsregel« (wie sie das »Gesetz vom kleineren Kreise« nannten) vor allem betonten, um die preußische Hegemonie zu beseitigen, ging es Ziesché als gutem Preußen bei der innenpolitischen Anwendung dieser Regel weniger um regionale als vielmehr um ständische Gliederung. Vor allem aber wollte er sie außenpolitisch angewandt wissen, wollte er mit ihr dem Internationalismus gegenüber die Berechtigung des Nationalismus nachweisen.

²⁷ Ebd., S. 21 ff.

²⁸ Ebd.

²⁹ Ebd.

³⁰ Ebd.

³¹ Ebd., S. 55.

³² Ebd.

³³ Ebd., S. 56.

Denn der dreieinige Christengott liebe die Mannigfaltigkeit und wünsche sich daher die Menschheit nicht als eine mechanische, sondern als eine – sich in der bunten Fülle ihrer nationalen Individualitäten darstellende – organische Einheit.

»Gott will das Mannigfache . . . Das Christentum ist also nicht dazu da, die Erde von Völkern und Staaten zu ›heilen‹ . . . Das Christentum soll Völker und Staaten bestehen lassen und gerade ihre reiche Mannigfaltigkeit zur irdischen Darstellung und Nachahmung des reichen und lebendigen Gottes, zur Entfaltung des menschlichen Lebens selber und auch zur Kulturentwicklung benützen.«³⁴

So seien auch die rechtsstehenden deutschen Katholiken in Beachtung des »Gesetzes vom kleineren Kreise« »völkisch« und »übevölkisch« zugleich, zumal da gerade die europäische Geschichte noch zwei wichtige Aufgaben habe: »Sie wird christlich belebte, wohl zusammengefügte und trotzdem auf der geistigen Grundlage der Volkstümer verharrende Wirtschaftsformen in Europa schaffen. Sie wird die großen außereuropäischen Menschengruppen befreien und zu eigener Wirtschaft und Kultur heraufführen. Die Welt soll ein christliches Europa im großen werden . . .«³⁵

Gemäß dem »Gesetz vom kleineren Kreise« ging Zieschés Weg nach Europa über Mitteleuropa; und so widmete er »der politischen Methode Mitteleuropas« das Schlußkapitel.

Wie die nationale und wirtschaftliche Verschiedenheit Mitteleuropas sei auch seine konfessionelle ein Wert. Freilich gebe es nicht zweierlei Wahrheit; doch könne man sagen, daß die Vorsehung mit der Zulassung des Irrtums positive Ziele verfolge. Daher sei viel wichtiger als »voreilige Wiedervereinigungshoffnungen«, daß sich 1. die orthodoxen von den liberalen Protestanten scheiden, und sich 2. die rechtsstehenden von den linksstehenden Katholiken trennen. Nur so könnten die echte religiöse Potenz des Protestantismus und die echte politische des Katholizismus für die Neuordnung Mitteleuropas mobilisiert werden. Denn diese Neuordnung dürfe nicht nach konfessionellen Gesichtspunkten erfolgen, weil man dazu der Rücken- deckung von West- oder Osteuropa bedürfe: »Die Hohenzollern brauchen die Hilfe des Zaren, das Haus Habsburg die Hilfe der Bourbonen. Der norddeutsche Nationalismus braucht die Hilfe des Bolschewismus, der westdeutsche politische Katholizismus die Hilfe des Liberalismus.«³⁶

Konfessionelle Politik sei gerade für Mitteleuropa der falsche Weg, auf dem man in die »völlig uneuropäische Politik, die den Breitengraden entlang«³⁷ hineintreibe; denn alle echte europäische Politik laufe »seit Jahrhunderten immer deutlicher von Nord nach Süd, den Längengraden entlang«³⁸. Nur »uneuropäische Händlerpolitik«³⁹ ringe um die Zugänge in die Räume des Atlantischen und des Stillen Ozeans; dagegen kämpfe »europäische Heldenpolitik«⁴⁰ um den von anderen gefährdeten Eingang in den Indischen Ozean, das »zukünftige Mittelmeer«. »Ist das so schwer zu sehen, daß, wenn das alte Mittelmeer in Zukunft ein Teich ist, dann Europa der

³⁴ Ebd., S. 62.

³⁵ Ebd., S. 99.

³⁶ Ebd., S. 111.

³⁷ Ebd., S. 112.

³⁸ Ebd.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Ebd.

stärkste Anlieger des Indischen Ozeans ist, und daß es kraft seiner Lage dem ungeheuren Völkerkranz des Indischen Ozeans der Führer zur Freiheit und der Bote Christi sein kann? Denn diese Völker können nicht christlich werden aus eigener Kraft, und sie können es auch nicht mit unserer Hilfe werden, wenn wir nicht selber in Europa frei bleiben und wenn nicht auch sie es werden. Das Christentum braucht zu seiner Weltmission nicht die wirtschaftliche Versklavung der nichteuropäischen Völker. Wenn es noch organische Menschheitsentwicklung in den Händen der Vorsehung gibt, so ist Vorderasien der Flaschenhals, aus dem sich dereinst aus einem zur kirchlichen Buße erweckten Europa das Taufwasser über die Welt ergießt. Die Zeit drängt und Gott wartet und die Welt ist als ganzes noch ungetauft.«⁴¹

Aus solcher »christlicher« Sicht einer Europapolitik »den Längengraden entlang« rücke aber auch die Frage nach der Berechtigung konfessioneller Parteien in Deutschland »in ein neues und fast blendendes Licht«: »Die rechtsstehenden Katholiken Deutschlands glauben, daß es unter diesem Gesichtspunkt sehr schädlich und gerade vom Standpunkt des Christentums unverantwortlich ist, wenn die christlichen Kräfte Deutschlands noch weiterhin in konfessionell gesonderten politischen Parteien arbeiten und kämpfen.«⁴²

Verbreitete sich Ziesché über die »politische Methode« Europas, so äußerte er sich jedoch nicht über Europas zukünftige politische Form; doch dürfte ihm eine Art von »Europa der Vaterländer« unter deutscher Führung vorgeschwebt haben.

Vermeinte nun Ziesché in dieser Schrift die »politischen Grundanschauungen der rechtsstehenden Katholiken« dargelegt zu haben, so dürften es doch wohl mehr seine persönlichen Ansichten gewesen sein, die er darin vortrug. Denn andere Rechtskatholiken hatten andere Auffassungen. Und über die landläufigen Anschauungen der rechtsstehenden Katholiken Deutschlands – Verurteilung des »Landesverrätters« Erzberger, der »gottlosen« Weimarer Verfassung, des »Abfalls« des »neuen« Zentrums von den »konservativen« Ideen Kettlers und Windhorsts – über diese landläufigen Auffassungen informierte bereits 1920 Hermann Frhr. von Lünincks Schrift »Das Zentrum am Scheideweg«⁴³.

Im Dritten Reich wurden Zieschés Breslauer Vorlesungen über christliche Gesellschaftslehre schon bald beanstandet, so daß er – ohnehin nur nichtbeamteter a.o. Professor – sich bereits 1934 von der Universität zurückzog und ausschließlich der Seelsorge widmete. 1945 aus Schlesien vertrieben, starb er am 12. November 1971 in Frickenhausen a. M.

Kurt Ziesché war wohl mehr ein ideologischer Außenseiter des politischen Rechtskatholizismus der zwanziger Jahre. Sein »Königtum Christi in Europa« lag schon auf der Linie jener Bemühungen um eine »Synthese« aus deutschem Nationalismus und christlicher Europaidee, für die sich einige Jahre später der Begriff »Reichstheologie« einstellte.

⁴¹ Ebd., S. 114.

⁴² Ebd., S. 117.

⁴³ Hermann Frhr. v. Lüninck, Das Zentrum am Scheideweg. München 1920.